

Northvolt am Abgrund: Insolvenz und 600 Millionen Euro in Gefahr!

Die Insolvenz von Northvolt betrifft die geplante Batteriefabrik in Heide, Dithmarschen, und sorgt für politische und wirtschaftliche Turbulenzen.



Heide, Deutschland - Der schwedische Batteriehersteller Northvolt hat heute Insolvenz beantragt, was Besorgnis um die bereits in den Bau einer neuen Fabrik in Heide (Kreis Dithmarschen) investierten 600 Millionen Euro ausgelöst hat. Diese Summe, die als Wandelanleihe von der KfW bereitgestellt wurde, wird jeweils zur Hälfte von Bund und Land Schleswig-Holstein abgesichert, wie **NDR** berichtete. Der Umgang mit den finanziellen Schwierigkeiten von Northvolt, die Schulden in Höhe von fast sechs Milliarden Euro umfassen, wird von Experten kritisch beobachtet.

Insgesamt sind mehr als 21.000 Seiten an Northvolt-Akten als „Verschlussache vertraulich“ eingestuft. Nur ausgewählte

Abgeordnete dürfen diese unter strengen Auflagen einsehen. Die Akten enthalten unter anderem Gesprächsprotokolle mit der Beratungsfirma PricewaterhouseCoopers (PwC), die Gutachten für das Bundeswirtschaftsministerium erstellt hat. PwC selbst zählt zu den Gläubigern von Northvolt und fordert rund eine Million US-Dollar zurück. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) hat jedoch betont, dass Interessenskonflikte ausgeschlossen seien.

Ungewisse Zukunft der Fabrik in Heide

Wirtschaftsminister Claus Ruhe Madsen (CDU) hat versprochen, größtmögliche Transparenz zu gewährleisten und plant die Veröffentlichung von Kabinettsvorlagen mit Schwärzungen. Madsen beschreibt die Situation als „Tanz auf einer Klinge“ und wird am 21.03. nach Schweden reisen, um sich mit dem Insolvenzverwalter Mikael Kubu zu treffen, um Klarheit über die Zukunft der Fabrik in Heide zu schaffen. Trotz laufender Aktivitäten auf der Baustelle ist jedoch unklar, ob der Bau der Fabrik tatsächlich wie geplant fortgesetzt werden kann, wie **Süddeutsche** berichtete.

Die durch die Insolvenz bedingten Unsicherheiten könnten erheblichen Einfluss auf die Planungen zur Schaffung von Arbeitsplätzen in einer strukturschwachen Region haben. Ministerpräsident Günther (CDU) ist optimistisch hinsichtlich der Zukunft des Standortes in Heide, während die Opposition skeptisch bleibt. Zudem muss Schleswig-Holstein dem Bund 300 Millionen Euro zurückzahlen, was die Schulden des Landes weiter erhöhen könnte.

Details	
Vorfall	Insolvenz
Ort	Heide, Deutschland
Quellen	• www.ndr.de • www.sueddeutsche.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de